

Wien, Mittwoch, den 15. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Dezember 1926.
DIE BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES.

Der Gemeinderat begann heute die Behandlung des Hauptvoranschlages für das Jahr 1927. Vorher wurde ohne Debatte eine Reihe von Geschäftstücken erledigt. Dem Wiener Dombau Verein wurde eine weitere Subvention von 2500 Schilling bewilligt, für einen Teil des Siedlungsgebietes an Laaerberg wurden Baulinien bestimmt; für das Gebiet zwischen der Floridsdorfer Hauptstrasse und dem Hochwasserschutzdamm wurde ein Generalregulierungsplan festgesetzt, den der Werksbahn zugeteilten Arbeitern der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf wurde für jede Wechselschichtmässig im Nachtdienst geleistete volle Nachtschicht eine Zulage von 2.50 Schilling bewilligt. Bürgermeister Seitz teilt noch mit, dass an Stelle des für den verstorbenen Abgeordneten Widholz in den Nationalrat entsendeten Gemeinderat Stein als Ersatzmann Richard Fränkel in den Gemeinderat berufen wurde. Gemeinderat Fränkel leistet die Angelobung.

Es wird dann in die Beratung des Voranschlages eingegangen. Die Generaldebatte wird vom städtischen Finanzreferenten eingeleitet. Stadtrat Breitner führt aus:

Die Beratung des Voranschlages bietet die Gelegenheit, sich ein Bild über den Stand unseres Wirtschaftslebens zu machen und die Richtlinien zu überprüfen, nach denen die Gemeindeverwaltung geführt wird. Im Rahmen des grossen Wirtschaftsgebietes von Oesterreich-Ungarn war die Lebensmöglichkeit für Wien schon aus seiner Stellung als Hauptstadt gegeben. In unserem kleinen Lande mit seinen sechseinhalb Millionen Einwohnern ist dies für eine Hauptstadt dieser Grösse, für die es in der ganzen Welt keinen Vergleich gibt, naturgemäss nicht mehr der Fall. So muss Wien auch noch ein Stück Eigenleben führen und ist mehr als je zuvor an der Gestaltung der ganzen Wirtschaftslage interessiert. Deshalb begnügt sich die Wiener Gemeindeverwaltung auch nicht damit, nur das Gleichgewicht im städtischen Haushaltsplan herzustellen. Darüber hinaus geht das Streben, tatkräftig an der Verbesserung der ungünstigen österreichischen Handels- und Zahlungsbilanz mitzuwirken.

Aus diesem Grunde hat die Gemeinde Wien in den Jahren der Kohlennot den Ausbau der heimischen Wasserkraft teils allein, teils gemeinsam mit Niederösterreich betrieben und so zur Verbesserung unserer Handelsbilanz ein gutes Stück beigetragen. Deshalb stand die Stadt bei der Gründung der Wiener Messe in erster Reihe und unterstützt seither diese Einrichtung tatkräftig. Aus dem gleichen Grunde wurden ungeachtet mancher Widerstände die zersplitterten Kommunalsparkassen rechtzeitig mit der Zentralsparkasse zu einem grossen Institut vereinigt. Die Zentralsparkasse hat sich völlig frei gehalten von allen Sünden der Inflationszeit, von allen Spekulationen der letzten Jahre. Dafür weist sie auch den höchsten Einlagenstand unter sämtlichen österreichischen Kreditinstituten auf. Damit haben wir das Instrument, um zu sehr niedrigen Zinsen der Wirtschaft gewaltige Summen zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt den Kleingewerbetreibenden, die sonst überhaupt keinen Kredit erhalten würden. Bei der Zentralsparkasse bekommen sie Darlehen zu einem Satze, wie ihn nicht einmal die bedeutendsten Industrien der Grossbanken geniessen. In dasselbe Gebiet gehört es, dass ich schon zu Jahresbeginn mit Ermächtigung des Herrn Bürgermeisters gegenüber massgebenden Stellen unserer Wirtschaft die Bereitwilligkeit der Gemeinde Wien zum Ausdruck gebracht habe, an einem zu schaffenden Fonds für die Belebung unseres Exportes nach Russland mitzu-

wirken. In einem am 30. Juli an den Herrn Handelsminister Dr. Schürff gerichteten Schreiben wurde ausdrücklich festgestellt, dass die Gemeinde mittun werde, wenn eine alle Interessenten umfassende Organisation zustandekommt. Seit dem Juli haben wir allerdings von dieser wichtigen Sache nichts weiter gehört. Ich wiederhole aber, dass die Gemeinde Wien nach wie vor gewillt ist, in Verbindung mit sämtlichen Faktoren unseres Wirtschaftslebens diese vielleicht aussichtsvollste Gelegenheit zur Hebung unserer Ausfuhr wirksam zu unterstützen. Praktische Wirtschaftsförderung bester Art ist es, dass die Gemeinde ihre Monopolbetriebe unausgesetzt modernisiert, den Absatz auf die denkbar breiteste Grundlage stellt und planmässig darauf verzichtet, aus den Monopolen Gewinne zu erzielen. Die Tarife für Gas, Strom, Strassenbahn, Wasser sind niedriger als sonst in Europa. Sie weisen dabei eine ausserordentliche Stabilität auf. So ist beispielsweise der Gaspreis seit dem 8. November 1923 unverändert 19 Groschen für das Kubikmeter. Keine Erhöhung seit mehr als drei Jahren! In der gleichen Zeit ist beispielsweise der Tarif für Briefe um fünfzig Prozent hinaufgegangen und man wird wohl überhaupt keinen Artikel finden, dessen Preis in den letzten drei Jahren gleich geblieben ist.

In dieselbe Linie fallen unsere Bemühungen zur Hebung des Fremdenverkehrs, zur Stärkung des unsichtbaren Exportes, zur Entwicklung einer der grossen Zukunftsmöglichkeiten dieser Stadt. Wir haben hier günstige Erfolge zu verzeichnen. In den ersten elf Monaten 1926 haben 16.606 Amerikaner Wien besucht. In demselben Zeitraum des Vorjahres waren es nur 12.049. Im Vergleich zum Jahre 1913 ist mehr als die Verdoppelung eingetreten. Aus Deutschland kamen bis Ende November 1925 nach Wien 61.482 Personen. In diesem Jahre hingegen 73.819. Heuer sind in unserer Stadt sechzig Kongresse und Tagungen abgehalten worden. Im letzten Friedensjahr waren es bloss dreissig. Zu einem sehr erheblichen Teil ist dies zweifellos das Ergebnis der Arbeit der Fremdenverkehrskommission, die auf Veranlassung Wiens gegründet worden ist. Für 1927 ist die Verdoppelung unseres Beitrages beabsichtigt. Wir werden aber auch künftighin zu Erhöhungen stets bereit sein.

Die Arbeitslosigkeit ist noch immer unsere drückendste Sorge. Ganze grosse Gruppen von Arbeitswilligen sind vom Arbeitsmarkte ausgeschaltet. Diese so lange andauernde, chronisch gewordene Arbeitslosigkeit schliesst nicht nur ungeheures menschliches Elend in sich, sondern kennzeichnet auch die schweren Störungen des Wirtschaftslebens der Nachkriegszeit. Es ist kein Trost, dass auch in anderen Ländern ähnliche Zustände herrschen. Da man aber die Unfähigkeit des Kapitalismus zur Ueberwindung dieser Wirrnisse nicht eingestehen will, zieht man es vor, die Steuerpolitik der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Wien als Sündenbock zu benützen. Demgegenüber sei doch folgendes festgestellt: In ganz Oesterreich waren am 1. Dezember 1926 um 9502/Arbeitslose ^{unterstützt} mehr als im Vorjahr. In Wien aber ist gegen 1925 sogar ein kleiner Rückgang um 271 Personen zu verzeichnen. Im Jahre 1922 war der Anteil Wiens an der gesamten Arbeitslosigkeit rund 65 Prozent. Heuer ist er aber nur noch 46.9 Prozent. Die Erklärung hierfür liegt unzweifelhaft in den seit 1923 ununterbrochen aufeinander folgenden grossen Investitionsprogrammen der Gemeinde Wien. Der Voranschlag 1927 bringt eine weitere Steigerung und zeigt klar, dass die Steuern sofort in Bestellungen sich verwandeln. Einschliesslich der neuen Landesbiersteuer werden alle die so heiss unstrittenen Gemeindeabgaben einen Betrag von rund 174 Millionen Schilling abwerfen. Demgegenüber stehen wertvermehrnde Investitionen der Hoheitsverwaltung von 151 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die normalen Ausgaben für den Strassenbau von 13.2 Millionen, für Kanalbauten von 3.5 Millionen Schilling, für Gebäuderhaltung von 8.4 Millionen Schilling. Die Gesamtheit aller ein-

gehobenen Steuern fließt also in der kürzesten Frist restlos allen Zweigen von Industrie und Gewerbe in Form der gewaltigen Gemeindebestellungen wieder zu. Dieser Rückstrom der eingehobenen Gelder ist leicht zu überprüfen. Eine offene Frage ist es hingegen, ob die Wirtschaft, wenn ihr die Steuern belassen werden würden, wie dies oft gefordert wird, in dem gleichen Ausmasse investitionsbereit wäre. Bei einer Reihe von Steuerträgern wird es gewiss zutreffen. Nicht voraussehen lässt es sich aber, ob nicht vielfach ersparte Steuern zu einem erhöhten Verbrauch ausländischer Waren, zu Reisen in das Ausland, zu einer Veranlagung in in- und ausländischen Wertpapieren oder in Valuten führen würden. Völlig zweifellos ist es jedoch, dass die der Wirtschaft überlassenen Steuern nicht die Gestalt von Volkswohnungen, von Bädern, öffentlichen Gärten, Horten, Schulzahnkliniken annehmen würden. Kurzum nicht die Form jener ertraglosen Einrichtungen, die der Gesundheit der breiten Volksmassen dienen, auf denen das Wohl unseres Gemeinwesens ruht.

Ganz unrichtig ist es, wenn man gar in der Lockerung des Mieterschutzes ein Heilmittel für unsere Not erblicken will. Man beruft sich dabei auf Deutschland. Dort sei angeblich selbst die Ueberschuldung der Mieten ohneweiters vertragen worden, ja soll geradezu einen wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt haben. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die starken Energien, die sich in dem von der Natur reich bedachten Deutschland mit seiner zähen, tüchtigen, organisationsbegabten Bevölkerung so wunderbar geltend machen, haben durch die sehr weitgehende Lockerung des Mieterschutzes eine schwere Hemmung erfahren. Die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten ist herabgedrückt worden. Die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes hat eine ausserordentliche Schwächung erlitten. Der Beweis dafür ist leicht zu erbringen. Am 1. Dezember 1926 wurden in Berlin 249.000 unterstützte Arbeitslose gezählt. In Wien 79.117. Im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl der beiden Städte hat Berlin also um 87.000 Arbeitslose mehr als wir. Dass Deutschland seine Wirtschaftsnot leichter zu tragen vermag, als das viel ärmere Oesterreich ist eine Sache für sich. Dies ändert nichts an dem Tatbestande, dass die Arbeitslosigkeit in Berlin um 55 Prozent höher ist als in Wien. Die Lockerung des Mieterschutzes ist also das denkbar schlechteste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu empfehlen. Unser Elend würde nur ins Unermessliche, ins Unerträgliche gesteigert werden. Im Voranschlag 1927 sind 118 Millionen Schilling für Wohnhausbauten eingesetzt. Das entspricht den Kosten von 9000 Wohnungen. Mit der Bewilligung dieser Summe ist nicht nur ausreichende Beschäftigung für das gesamte Baugewerbe gesichert, sondern es wird auch der Wiener Gemeinderat ein mächtiges Bekenntnis für die unveränderte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes damit ablegen.

Seit jeher ist es ein allgemeiner Grundsatz, dass die öffentlichen Verwaltungen gerade in Absatzkrisen durch grosse Bestellungen helfend eingreifen sollen. Die Stadt Wien wird dies im nächsten Jahre in einem Ausmasse tun, das früher noch nie erreicht worden ist. Ohne Berücksichtigung einer Fülle von kleinen Posten vergeben die Gemeinde und ihre Unternehmungen im nächsten Jahre Aufträge von 234 Millionen Schilling an Industrie und Gewerbe. Die Nützlichkeit dieser Massnahme ist wohl unbestritten. Kritik aber findet die Art der Geldbeschaffung. Wir werden immer wieder auf den Anleiheweg verwiesen. So war es schon im Juni 1919. Damals hat man uns in diesem Saale empfohlen, sogar den Gebarungsabgang der Strassenbahnen nicht durch eine Erhöhung der Tarife, sondern durch Schuldmachen zu be-

decken. Gewiss liegen die Dinge bei wirklichen Investitionen wesentlich anders. Immer aber bleibt das Anhäufen von Schulden und insbesondere dem Auslande gegenüber eine sehr ernste Sache. Noch zu Jahresbeginn schien es möglich, den Investitionsbedarf der städtischen Unternehmungen durch eine Inlandanleihe zu finanzieren. Daran ist jetzt nicht zu denken. Die Zentralbank-Anleihe versperrt den Markt. Ich wiederhole indes, dass die Aufnahme einer Anleihe für ausgesprochen produktive Zwecke oder etwa zur Konsolidierung des Schuldenstandes der WAG bei uns keinen grundsätzlichen Bedenken begegnet. Jedenfalls war aber bisher das Zuwarten vorteilhaft. Jene öffentlichen Verwaltungen, die allzu hungrig nach Auslandsanleihen waren, werden Jahrzehnte hindurch der inländischen Wirtschaft schwere Zinsopfer auferlegen müssen. Grundsätzlich anders ist aber unsere Auffassung bezüglich solcher Aufwendungen, die bei aller sonstigen Nützlichkeit keinen Zinsenertrag abwerfen. Dafür können Anleihen nicht in Betracht kommen. Das gilt in erster Linie für die Wohnhausbauten. Der Mieterschutz ist nur aufrecht zu erhalten, wenn die durch ihn zum Stillstand gekommene private Bautätigkeit in ausreichendem Masse durch die öffentliche Bauführung ersetzt wird. Heute weiss schon jeder Mieter, dass der Mieterschutz nicht bedeuten kann, es sei überhaupt nichts für eine Wohnung, für ein Geschäftslokal zu bezahlen. Die Betriebskosten eines Hauses müssen selbstverständlich aufgebracht werden. Ebenso die Instandhaltungskosten. Dabei muss allerdings zur Beseitigung der sonst drückenden Härten ein Ausgleichsfonds für ganz Wien geschaffen werden. Es dürfen nicht die Bewohner gerade der alten und schlechten Häuser die höchsten Mieten zu tragen haben. Mit den Betriebs- und Instandhaltungskosten ist aber noch nicht alles getan. Die Gesamtheit aller Mieter Wiens muss auch für die Erneuerung und die Erweiterung des Wiener Hausbestandes sorgen. Die Menschen dieser Stadt brauchen die volle Beruhigung, dass jedes Haus, dessen Lebensdauer nach den Naturgesetzen abgelaufen ist, rechtzeitig durch einen Neubau ersetzt wird. Der Zuwachs an Haushalten muss gleichfalls Unterkunft finden. Diese Baukosten werden bereits jetzt zum Teile in Form der Wohnbausteuer aufgebracht. Der Ertrag der Wohnbausteuer reicht aber nicht aus, deshalb müssen eben andere Steuereinnahmen für Bauführungen herangezogen werden. Die Bevölkerung fährt dabei noch immer ausserordentlich gut. Der Wiener Bruttomietzins war im Frieden rund rund 400 Millionen Goldkronen. Das sind 576 Millionen Schilling. Nimmt man selbst sehr hoch gegriffen an dass in ^{ganz} Wien durchschnittlich der tausendfache Friedenszins für Betriebs- und Instandhaltungskosten entrichtet wird, so sind das 40 Millionen Schilling. Die Wohnbausteuer beträgt rund 35 Millionen Schilling. Die Wiener Mieter zahlen also anstatt 575 Millionen Schilling gegenwärtig nur 75 Millionen Schilling. Sie ersparen jedes Jahr 500 Millionen Schilling. Dreimal so viel also wie alle Wiener Gemeindeabgaben ausmachen. Dabei aber strömen diese Gemeindeabgaben unmittelbar wieder der Wirtschaft zu. Ein gewaltiger Teil der valorisierten Mieten wäre hingegen nichts anderes als eine Zahlung an das Ausland. Mehr als ein Drittel aller Wiener Häuser befindet sich im Besitze von Ausländern. Diese Aufkäufer haben sich in den Inflationsjahren natürlich die grössten und besten Häuser ausgesucht und um einen Pappenstiel erworben. Es würde daher nicht nur ein Drittel, sondern weit mehr der Hausbesitzerrente ins Ausland wandern.

Da haben wir nun eine sehr merkwürdige Erscheinung. Unausgesetzt und in allen Tonarten wird über den furchtbaren und zerstörerischen Steuerdruck der Gemeinde Wien geklagt. Gleichzeitig rütteln aber dieselben Kreis-

am Mieterschutz. Es wäre sehr interessant zu erfahren, wie die Wirtschaft den dreifach gesteigerten und vorwiegend im Interesse des Auslandes gelegenen Druck von valorisierten Mietzinsen aushalten soll. Dabei bringt aber selbst die volle Valorisierung noch lange keine private Bautätigkeit. Diese ist erst bei der vollen Verdoppelung der Friedensmieten in Gold geschonet zu erwarten. In Deutschland sind die Mieten bereits auf 130 Prozent gesteigert. Trotzdem bedarf es noch immer des Eingreifens und der Zuschüsse der öffentlichen Verwaltungen. So besorgt in Berlin eine gemeinnützige "Wohnungsfürsorgegesellschaft" einen grossen Teil der Bauführungen. Sie stellt Wohnungen für Minderbemittelte, Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien her. Aber auch diese Wohnungen sind ungeheuer teuer. Im "Vorwärts" vom 30. März 1926 heisst es diesbezüglich wörtlich: "Die Miete beträgt für eine Einzimmerwohnung mit Zubehör 45 bis 60 Mark monatlich". Das sind als 75 bis 101 Schilling. Aus private Bauunternehmungen erhalten aus der Hauszinssteuer einen Zuschuss, aber ausschliesslich für die Einzimmerwohnung. Man sieht bei diesem Anlasse, wie diese hohen Mieten sofort zu einer schrecklichen Verschlechterung der Wohnverhältnisse führen. Die Einzimmerwohnung war für Deutschland früher nur eine seltene Ausnahmserscheinung. Jetzt ist sie bereits jene Wohnungstypen, für die allein ein öffentlicher Zuschuss gegeben wird. Was darüber hinaus geht, das erscheint schon als ein Wohnungsluxus, für dessen Bestreitung jeder aus eigener Kraft aufzukommen hat. Die monatliche Miete der Zweizimmerwohnung beträgt 65 Mark oder 110 Schilling. Dabei muss aber der Mieter für jedes Zimmer noch einen Baukostenzuschuss von 1000 Mark oder 1680 Schilling bezahlen. Der "Vorwärts" schliesst seinen Bericht mit der Feststellung, dass ein solcher Aufwand für 80 Prozent der Bevölkerung unerschwinglich ist und sagt: "Kein Wunder, dass ein Teil der Wohnungen, die bereits im November 1925 bezugsfertig waren, jetzt noch leer steht." So sieht es also aus, wenn am Mieterschutz gerührt wird und die Wiener Bevölkerung kann aus dem Berliner Beispiel lernen, welches Unglück über sie hereinbrechen würde, wenn man bei uns den gleichen Weg wagen würde.

So weit dies ohne zu erhebliche Beeinträchtigung der grossen Ausgaben der Gemeinde möglich ist, haben wir uns auch heuer, wie schon in den vergangenen Jahren bemüht, Steuererleichterungen insbesondere dort eintreten zu lassen, wo sie sich als eine Begünstigung des Fremdenverkehrs darstellen. Den viel weitergehenden Wünschen der Steuerträger konnte nicht entsprochen werden. Wir haben uns aber, was ich hierdurch zur Kenntnis des Gemeinderates bringe, entschlossen, bei der Fürsorgeabgabe eine oft verlangte Korrektur eintreten zu lassen. Statt viereinsechszehntel Prozent sollen vom 1. ¹⁹²⁷ Jänner an nur vier Prozent zur Einhebung kommen. Neben der Verminderung der Steuer an sich wird damit eine als unliebsam empfundene Erschwerung bei der Errechnung der Abgabesumme beseitigt.

Niemand wird leugnen, dass die Aufbringung der öffentlichen Abgaben, die ja nicht nur von der Gemeinde vorgeschrieben werden, für gar manchen Steuerträger eine harte Sache, eine drückende Sorge ist. Schwieriger noch als früher einmal, wo ja auch ausgiebig über die Höhe der Steuern geklagt worden ist, das sind eben die Folgen des Krieges! Noch weit schwieriger sind aber die Aufgaben der Gemeinde geworden. Von ihr fordert man auf allen Gebieten erhöhte Leistungen. Die Gemeinde kann sich nicht damit begnügen, bloss die Schäden des Krieges gut zu machen. Durch die Neugestaltung des Schulwesens, durch die Wohnhausbauten, durch ein ausgebreitetes vielgestaltiges, in erster Linie der Jugend dienendes Fürsorgewesen müssen wir die Grundlagen dafür schaffen, dass in dieser Stadt neue

Geschlechter einer besseren Zukunft entgegengehen. (Beifall). Dieser grossen Aufgabe dient auch der Voranschlag für 1927 um dessen Genehmigung ich bitte. (St. r. mischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Als erster Redner in der Generaldebatte spricht Stadtrat Kunschak kontra. Er führt aus: Der Referent hat sich die Begründung seines Voranschlages ausserordentlich leicht gemacht, obwohl gerade heuer in der Öffentlichkeit die Kritik ausserordentlich lebhaft war. Es wäre daher notwendig gewesen, dass der Referent über die doch schon etwas abgedroschelten Schlager hinaus, etwas mehr gesagt hätte. Was wir bisher zu sagen immer verpflichtet waren, das ist noch im erhöhten Masse jetzt zur Pflicht geworden. Wir müssen neuerdings feststellen, dass dieser Voranschlag bestätigt, was wir immer von der Politik des Herrn Stadtrates Breitner behauptet haben: Sie ist ein exzessiver Fiskalismus, ein grenzenloser Raubbau an der Wiener Wirtschaft. Die Begründung dieser Behauptung liegt auf jeder Seite dieses Voranschlages, auf der die Einnahmen verzeichnet sind. Es wird demgegenüber immer darauf verwiesen, dass auch die Ausgabenseite für die Beurteilung des Voranschlages von Bedeutung sei. Ich werde darauf noch zurückkommen. Ein wesentliches Merkmal ist, dass jeder Voranschlag mit einem Defizit abschliesst. Ich glaube aber, dass die Wirkung dieses Argumentes zerschellt, weil jedes Jahr das Gegenteil eintritt. Im Voranschlag ein Defizit, im Rechnungsabschluss ein überwältigender Ueberschuss. Sie haben im Jahre 1925 einen Abgang von 590 Milliarden Kronen präliminiert. Trotz Steigerung der Ausgaben ergab sich noch immer ein ausgewiesener reiner Ueberschuss von 560 Milliarden Kronen. Dabei muss festgestellt werden, dass noch andere Ueberschüsse, wie sie aussern in den Darlehen an verschiedene Unternehmungen, an die Wag und so weiter, ergeben. Aber es genügt ja der ausgewiesene Ueberschuss von 560 Milliarden, um zu zeigen wie wenig Glauben Ihren Defiziten zu schenken ist. Wäre ein Defizit bestimmt zu erwarten, dann hätten wir sicherlich vom Referenten pflichtgemäss Vorschläge erhalten, wie dieses Riesendefizit von fast einer Milliarde Kronen bedeckt werden soll. Ein solcher Vorschlag liegt nicht vor. Es wird dieses Defizit gedeckt zunächst in den Kassenbeständen. Die wirkliche Höhe dieser Kassenbestände haben wir bis zum heutigen Tag nicht klargestellt erhalten. Auch nicht durch die Ausweisung gegeben worden sind.

Das Budget vermag einer sachlichen Prüfung nicht Stand zu halten, man geht einer solchen Prüfung auch beharrlich aus dem Wege. Wir können also den Hinweis auf das Defizit nicht als Beweis dafür gelten lassen, dass die Finanzpolitik der Gemeindeverwaltung trotz Anspannung aller Kräfte ordnungsgemäss sei. In diesem Voranschlag haben wir wieder zu verzeichnen was wir immer vorher gesagt haben: ein bedeutendes Ueberschreiten der veranschlagten Einnahmen durch das wirkliche Ergebnis. Wie das herbeigeführt wurde, ist zum Teil ein Geheimnis des Finanzreferenten und seines Steuerapparates. Jedenfalls ein sehr interessantes Geheimnis, das restlos zu lüften eine Aufgabe wäre, der sich die besten Kenner unseres Budgets unterziehen sollten. Bei allem Steuerermässigungen, die vorgenommen werden, ist das Endergebnis doch immer wieder ein höherer Ertrag. Das Geheimnis liegt darin, dass das, was im Gesetz ^{als} ^{der} ein Ausmass/Steuerätze fixiert wird, das freie Ermessen

des Magistrates bewirkt. Nach freiem Ermessen mehrt oder mindert man die Steuer. Aber auch gegenüber den einzelnen Steuerertragnissen weiss sich das freie Ermessen zu helfen. Ist der Steuersatz herabgesetzt, so reiht man den Steuerpflichtigen in eine höhere Steuerstufe ein und die Frage ist glücklich gelöst. Das ganze ist eigentlich nur ein Rechenexempel. Das eine Element wird ermässigt, das andere dafür erhöht und die Summe ist dann die gleiche. Man hat beispielsweise bei der Fremdenzimmerabgabe dieses System angewendet. Auch bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wurde der Prozentsatz bei den einzelnen Steuerpflichtigen erhöht, so dass auch hier eine bestimmte Summe hereingebracht wird.

In dieser ganzen wunderbaren Schmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit des Steuerapparates an die Wünsche und Bedürfnisse der Steuerpolitik des Finanzreferenten liegt das Geheimnis seines Erfolges. Der Referent hat allerdings eine Rechtfertigung für das scharfe Anspannen der Steuer-schraube gegeben, indem er meinte, alle diese Einnahmen kommen schliesslich restlos wieder der Wirtschaft zugute. Aber wenn jedes Jahr eine halbe Billion als Kassenüberschuss und als Vermögensvermehrung der Gemeinde sich ergibt, kann man nicht sagen, dass diese Gelder restlos der Wirtschaft zugute kommen, sondern sie werden zum grossen Teil thesauriert in den Kassen der Stadt Wien oder in den Kassen der Banken, deren Klient die Stadt Wien ist. Ueber die fünf Billionen betragenden Aufwendungen für Wohnbauten wurde bis heute dem Gemeinderat keine Abrechnung vorgelegt. Ich habe versucht wenigstens über einen Teil dieser Riesen-summe eine genaue Abrechnung zu erlangen. Aber man erklärte mir, dass sei ganz unmöglich und es werde vielleicht Jahre dauern, bevor wir eine Abrechnung erhalten. (Hört! Hört! bei der Minderheit) Wenn also nicht einmal in einem kleinen Detail der Nachweis für die Verwendung des Geldes erbracht werden kann, ist es eine arge Uebertreibung, ein Selbstlob, wenn der Finanzreferent behauptet, dass die Wohnbauten mit ihren Bestellungen klar und durchsichtig vor der Welt liegen. Ich möchte sagen, mit Betonmauern verhüllt, liegt diese Arbeit der Gemeinde mit ihren Bestellungen vor uns.

Wir verlangten auch eine Abrechnung über den Bau der Wasserkraftanlagen in Gäning und Opponitz. Wir wissen ja gar nicht bis heute, mit welchen Summen die Gemeinde daran beteiligt ist. Man spricht von sechzig bis siebzig Millionen Schilling. Das Werk ist längst fertig und wir können eine genaue Darstellung über die Baukosten, einen Rechnungsabschluss hierüber, nicht erlangen. Vielleicht könnte der Referent aufklären, wieso die Riesenüberschreitungen bei diesem Bau entstanden sind. Auf anderen Gebieten steht es nicht besser. Insbesondere bei den Voranschlägen der städtischen Unternehmungen sieht man das Bemühen die Gebarung zu verdunkeln. Wir bekommen nichts anderes als ein paar Hausnummern, das ist die ganze Gebarung. Man müsste ein Frage- und Antwortspiel mit den massgebenden Faktoren tageslang führen, um einigermaßen Einblick in die Gebarung der Unternehmungen und Betriebe zu gewinnen. Dass sich die der Privatwirtschaft überlassenen Gelder nicht in Gärten und Bäder umwandeln werden, sei dem Finanzreferenten ohneweiters zugegeben. Das war aber auch schon unter der christlichsozialen Herrschaft der Fall. Dennoch ist unter Bürgermeister Lueger Wien wirklich zu einer Gartenstadt gemacht worden, es hat sich die Gartenfläche wirklich ins gigantische gesteigert.

Eine interessante Sache ist der Zuschlag zur Fürsorgeabgabe. Wie ich höre wird vom 1. Jänner an das sechzehnprozent aufgelassen. Es geschehen also Zeichen und Wunder. Unser Antrag auf Herabsetzung wurde noch vorgestern im Stadtrat abgelehnt. Und heute ist dem Herrn amtsführenden Stadtrat diese Eingebung gekommen. Man darf aber nicht glauben, dass der Herr Referent schweren Herzens damit einen Verzicht leistet. Was er getan hat, ist die Verschleierung der Not, in der er sich befindet. Die Vorschreibung der Zuschläge ist nämlich im Landtagsgesetz fixiert. In dem heisst es, dass die Zuschläge nur für die Dauer der Beitragspflicht der Gemeinde gelten. Sie sind also vom 1. November an von selbst hin-

fällig geworden. Jedes Gericht hätte die Einhebung dieser erhöhten Abgabe als ungesetzlich erklärt. Die Gemeinde hat ohnehin bereits einen ständigen Sitz bei den Gerichten. Sie wird bald überall eigene Senate bilden müssen.

G.R. Bjber (chr. soz.) Das ist bei allen Räufern so, dass sie meist bei Gericht sind!

G.R. Kunschak: Die Gemeinde Wien hat als Land eine neue Verpflichtung auferlegt bekommen, nämlich die Zahlung eines Drittels des Erfordernisses der Notstandsunterstützung für die Arbeitslosen. Diese Verpflichtung mussten alle Länder übernehmen. Die Regierung war zuerst der Meinung, dass die Länder diese Verpflichtung ohne die Aufschliessung neuer Steuerquellen übernehmen könnten. Die Länder haben aber durch die Bank erklärt, das sei unmöglich. Die Regierung hat dann vorgeschlagen, dass die Länder zur Deckung dieser Ausgaben vier Schilling pro Hektoliter Bier einheben dürfen. Das hat den lebhaften Widerstand des Herrn Stadtrates Breitner gefunden. Die Regierung hat also gesagt, man möge fünf Schilling einheben. Aber Herr Stadtrat Breitner hat nicht locker gelassen und es wurden mindestens sechs Schilling festgesetzt. Die Gemeindeverwaltung behauptet nun, dass sie auch bei sechs Schilling noch zwei Millionen Schilling auf die Arbeitslosenunterstützung draufzahlen müsse. Diese Rechnung ist nur richtig, wenn man die Methode des Herrn Stadtrates Breitner anwendet. Es ist in dem Ertrag der Biersteuer der Konsum sehr niedrig angenommen. Auf diese Weise hat man den Ertrag auf nur zehn Millionen Schilling herabgedrückt. Bei den Arbeitslosen ist man mit der Berechnung über alle Masse hinausgegangen. Unter der Annahme, dass die gegenwärtige katastrophale Arbeitslosigkeit den Durchschnitt bildet, hat man die Lasten errechnet. Wenn man diese Rechnung so gelten lässt, dann ergibt sich freilich, dass die Zahlen stimmen. Die Länder haben wohl die Pflicht auferlegt bekommen, ein Drittel der Notstandsunterstützungen zu zahlen. Aber es wurden den Gemeinden die vier Prozent zur Arbeitslosenunterstützung nachgelassen. Die Gemeinde hat durch die neue Belastung ein Erfordernis von zwölf Millionen Schilling, erspart aber durch den Entfall der vier Prozent drei Millionen Schilling.

Stadtrat Breitner: Das ist ganz falsch!

Stadtrat Kunschak: Es zeigt sich also, dass nicht nur gesetzlich, sondern auch rein rechnerisch dieser Zuschlag zur Fürsorgeabgabe nicht mehr notwendig ist. Es gibt daher gar nichts anderes, als diesen Zuschlag zu beseitigen. Wir haben daher unsere Antzäge gestellt. Herr Stadtrat Breitner hat sie zur Ablehnung empfohlen, um sich die Priorität zu wahren. Uns ist der Erfolg wichtig. Dieser Nachlass eines Sechzehntel Prozentes bedeutet einen Verzicht auf neun Milliarden, die nun der Volkswirtschaft zugute kommen. Sie bedeuten aber auch eine wesentliche Erleichterung der Rechnungsführung bei den vielen kleinen Gewerbetreibenden. Es freut uns, dass wir diesen Erfolg erzielt haben, wenn auch nicht unter der Marke Zimmerl - Kunschak, sondern unter der Marke Breitner.

Auch die Wasserkraftabgabe bildet ein sehr interessantes Kapitel im Voranschlag. Es heisst da: Einnahmen aus der Wasserkraftabgabe und Ausgaben aus der Wasserkraftabgabe. Die Summen sind gleich, es handelt sich also eigentlich nur um eine Durchgangspost. Da ist im Budget

Da ist im Budget noch etwas anderes, und zwar sehen wir, dass die Gruppe IV (Wohnungsbauten) den Ertrag der Wohnbausteuer empfängt und ausweist. Bei der Wasserkraftabgabe aber ist es etwas anderes. Wir finden keine Post, die über den Empfänger Aufklärung gibt. Wir haben nachgefragt und die Antwort erhalten, dass der Empfänger ein interimistisches Konto der Gemeinde Wien sei. Dort werden die Einnahmen verbucht und dort verbleiben sie. Das ist die einzige Funktion dieses Kontos. Welchen Zweck jedoch hat die Wasserkraftabgabe. Sie wurde eingeführt, um den Bau von Wasserkraftanlagen zu ermöglichen. Das Kapital hat die Gemeinde - offenbar aus Kassabeständen - zur Verfügung gestellt. Die WAG schuldet daher eine Summe von sechzig Milliarden; eine genaue Zahl weiss man nicht. Diese Schuld wird vertraglich den städtischen Elektrizitätswerken aufgelegt. Die ganze Gebarung ist eine mehr als absonderliche Konstruktion. Der Weg des Kapitals von den Elektrizitätswerken, also von der Gemeinde, zur WAG, wieder Gemeinde, und von der WAG zur Gemeinde zurück ist mehr als absonderlich. Ein solcher Zustand müsste so rasch wie möglich beseitigt werden. Uns aber über diese Konstruktion den Kopf zu zerbrechen interessiert uns nicht. Vielmehr interessiert uns, wie es um das finanzielle Resultat bestellt ist. Da sollte doch endlich einmal Ordnung gemacht werden. Der Ertrag aus der Wasserkraftabgabe ist auf dem interimistischen Konto, auf dem etwa elf Milliarden gebucht erscheinen, gesauriert worden. Wir verlangen, dass da keine neuen Wasserkraftwerke mehr gebaut werden, also die Wasserkraftabgabe ihren Zweck erfüllt hat, sie beseitigt werde. Wozu braucht man jetzt noch die Wasserkraftabgabe? Ein Saurierungskonto aufzufüllen kann nicht Aufgabe einer Steuer sein. Die Wasserkraftabgabe hat gar keinem Gemeindefzweck gedient. Wenn sie also beseitigt wird, hört sich nur die Möglichkeit auf, das Konto aufzufüllen. Herr Stadtrat Breitner sagt wohl, dass das auch seinen Zweck hat, nämlich die Gebarung der städtischen Elektrizitätswerke zu erleichtern. Um den Zinsendienst leisten zu können müssten die Elektrizitätswerke den Strompreis um den gleichen Betrag, wie er sich aus dem Wegfall der Wasserkraftabgabe ergibt, wieder erhöhen. Das ist ganz unerfindlich. Sie haben sich nicht geschaut, ohne Beschluss einer Körperschaft des Gemeinderates durch blosser Anordnung eines unbekannt gebliebenen Amtsführenden Stadtrates den Elektrizitätswerken Verpflichtungen aufzuerlegen, die sie früher nicht gehabt haben. Früher mussten die Elektrizitätswerke von der Gemeinde Wien für die öffentliche Beleuchtung bezahlt werden, ebenso musste die Gemeinde auch die Kosten der Erneuerung und der Lampen, der sonstigen Instandhaltung und Erweiterung dem Unternehmen rückvergüten. Diese Ausgabenpost ist aus dem Voranschlag für 1927 vollständig verschwunden. Auf Befragen nach dem Grunde wurde erwidert, das beruhe auf einer Vereinbarung zwischen Gas- und Elektrizitätswerk, diese beiden Werke hätten die Kosten zu gleichen Teilen übernommen. Eine solche Verpflichtung wurde nie statuiert und jetzt, wo die Wasserkraftabgabe eingestellt wird, haben sie das Bedenken, dass der Strompreis erhöht werden muss? Diesem Bedenken wohnt nicht die geringste Beweiskraft inne.

Redner verweist dann darauf, dass seine unzähligen Hinweise auf die Notwendigkeit von Anleihen vom Finanzreferenten stets bekämpft worden sind, und heute hat der Referent selbst erklärt, dass gegen die Aufnahme von Anleihen für wirklich produktive Zwecke grundsätzliche Bedenken nicht bestehen. Das ist ein sehr kostbares Eingeständnis. Eine produktive Ausgabe ist beispielsweise die für die Wasserkraftwerke. Die Majorität hat zwar an den Wasserkraftanlagen keine so grosse Freude mehr, wie bei der Grundsteinlegung. In dem Freudenbecher von einst sind so viele Wermutstropfen gefallen, dass kaum noch ein Tropfen Wein übrig blieb, seitdem man darauf gekommen ist, was für Ueberschreitungen gemacht wurden, so dass die angebliche Verbilligung des Stromes durch Wasserkraftanlagen eine Farce geworden ist. Der Finanzreferent würde viel darum geben, könnte er diese Ruhmesstat als welche die Errichtung von Wasserkraftwerken einst ausposaunt wurde, ungeschehen machen.

Die städtischen Elektrizitätswerke würden eine Anleihe ganz gewiss bekommen. Wir haben jetzt erfahren, dass ein mit der Gemeinde nur in losem Zusammenhang stehendes Unternehmen auf Grund der städtischen Haftung einen sehr grossen Dollarkredit zu sehr billigem Zinsfuss erlangen konnte. Die Gemeinde Wien würde da mit einem Schlag rund 60 Millionen Schilling in ihre Kassen zurückbekommen, so dass sie neben den übrigen Kassabeständen noch 60 Millionen Mobil hätte. Es würde auch die schwierige Konstruktion wegfallen, unser Wirtschaftsleben würde die Abgabe von vier Prozent auf den Strompreis ersparen und vom 1. Jänner an braucht keine Wasserkraftabgabe mehr eingehoben werden. Nachdem der Finanzreferent die grundsätzlichen Bedenken gegen die Aufnahme einer Anleihe bereits aufgegeben hat, darf ich mich wohl der angenehmen Hoffnung hingeben, dass er eine solche Anleihe für die städtischen Elektrizitätswerke vermittelt. Wir werden diesen Antrag auch neuerdings stellen.

Wenn wir Erleichterungen für das Wirtschaftsleben suchen, so verweisen wir darauf, dass diese Erleichterungen gefunden werden können, ohne dass die Bautätigkeit aufhören müsste. Ich erkläre, wie schon so oft, auch jetzt, dass ich ein ausgesprochener Gegner der gegenwärtigen Bautätigkeit der Gemeinde bin. Sie sind mit dieser Bautätigkeit heute bereits völlig isoliert.

G.R. Biber (chr. soz.) Kein Mensch macht einen solchen Unsinn! Stadtrat Kunschak: Es gibt auch keine sozialdemokratische Gemeinde mehr, die das Wiener System anwendet. Wiener Neustadt, St. Pölten und Linz gehen ganz andere Wege. Wir haben jetzt erfahren, dass auch die Stadt Berlin, die eine sozialdemokratische Mehrheit hat, ganz andere Wege geht. Sie hat eine Summe von 180 Millionen M_{ark}, in Schilling ausgedrückt ein gigantischer Betrag für den Wohnhausbau aufgenommen, weil sie sich sagt, dass es auf die Dauer ganz unmöglich ist, die Wirtschaft zu belasten. In München wird seit zwei Jahren nicht auf Gemeindefrechnung gebaut, sondern mit Subventionen. Die Leute erhalten bis zu achtzig Prozent des Bauaufwandes, gegen eine Verzinsung von 4,5 Prozent. Das heisst, das der Gemeinde zur Verfügung stehende Baukapital wird um zwanzig Prozent erhöht, also um zwanzig Prozent eine verstärkte Bautätigkeit als auf dem Wege, den Sie betreten haben. Wir sind überzeugt, dass auch die Gemeinde Wien den Bau von Wohnungen aus Steuergeldern aufgeben und den Weg zur subventionierten gemeinnützigen Bauweise gehen wird. Aber wie man immer über dieses System denken mag, eines ist sicher, Sie wollen wieder eine Summe von mehr als tausend Milliarden Kronen aus den Steuerträgern herausholen nur für die Zwecke des Wohnungsbaues. Ein Zweck, der in seiner letzten Auswirkung nur eine Vermögensvermehrung für die Gemeinde bedeutet. Wenn einer zu erkennen die Möglichkeit hat, wie unserer Wirtschaft das Betriebskapital zugrunde gegangen ist durch die Entwertung der Krone und weggesteuert wurde durch die städtischen Abgaben, so ist das der städtische Finanzreferent. Bei einer solchen Sachlage spielt die Erleichterung der Wirtschaft durch eine Steuerlast von tausend Milliarden Kronen eine ganz gewaltige Rolle. Wenn Sie diese Billion dem Wirtschaftsleben überlassen, so muss das eine wirkliche Erleichterung und eine tief greifende Befruchtung des Wirtschaftslebens mit sich bringen (Beifall bei den Christlichsozialen). Viel tief greifender, als wenn Sie sagen, dass da durch so und so viel Bauarbeiter Beschäftigung finden.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass der Ertrag der Wohnbausteuer die Möglichkeit der Verzinsung für die Aufnahme einer Wohnbauleihe gibt. Es ist also für die Verzinsung einer solchen Anleihe vorgesorgt.

Eine Wohnbauleihe und ihr Verzinsungs- und Tilgungsdienst würde die Mieter nicht mehr belasten als die Wohnbausteuer. Ihr Bedenken gegen eine Wohnbauleihe liegt aber auf politischem Gebiet. Sie haben sich halt einmal, um Stimmung zu machen, verpflichtet, den Mieterschutz restlos aufrecht zu erhalten. Wie steht es doch mit den Wiener Wohnungsverhältnissen. Lassen Sie sich doch vom Herrn Stadtrat Weber, von der Blizeidirektion und von der Heilsarmee Berichte über die Wohnungsverhältnisse in Wien geben. Es gibt z.B. keinen Gemeindeneubau mit dem 150fachen Friedenszins. In ihren Neubauten bewegen sich die Zinsen von dem 2000fachen bis zu dem 6000fachen Friedenszins. Bei den Werkstätten ist es noch ärger. Da sind sogar noch Baukostenbeiträge zu leisten. Sie halten also in ihren eigenen Häusern den Mieterschutz nicht aufrecht. Und gerade Sie sollten doch eine Konsequenz ziehen und zwar die, den Mieterschutz gerade dort aufrecht zu erhalten, wo das Mieterschutzgesetz dazu nicht verpflichtet. Ich erinnere mich an eine Rede hier im Gemeinderat, in der gesagt wurde, ja, wenn der Mieterschutz aufgehoben werden würde, könnten die Mieter was erleben. Und wie ist es wirklich? So viel Buckerln und Respektsbezeugungen gegenüber den amtlichen Organen des Wohnungsamtes haben noch nie sich Mieter geleistet, als die Mieter in ihren Wohnbauten. (Zustimmung bei den Christlichsozialen)

Sie haben den Mieterschutz nicht in ihren städtischen Herrschaftsbereich aufrecht erhalten; bei den Privaten ist es nicht anders. Der Herr Referent hat gesagt, die Zinsen in Wien betragen so durchschnittlich das tausendfache. Ich bestreite das. Es gibt in Wien sogar 17.000fache Friedenszinsen. Der Zins war bei der Errechnung der Löhne und Gehälter immer eine Komponente. Heute aber nicht mehr. Heute muss jeder Arbeiter das plus ^{des} Mietsins ^{es} vom 150fachen Friedenszins aus seiner eigenen Tasche zahlen. Wer das nicht erkennt, darin ist eine Selbsttäuschung gelegen; aber die Verantwortlichen, die das wissen müssen, verüben, wenn sie es nicht sagen, einen wissentlichen Betrug. Nur um ein politisches Postulat aufrecht zu erhalten muss das System Ihrer Wohnbauten beibehalten bleiben. Dahinter mag sich noch der Gedanke verbergen, dass in diesem Vorgehen ein Stück Sozialisierung liegt, die man nicht so nennt, die sich aber wie eine schleichende Krankheit dahin zieht.

Der Redner verweist auf den Wahlsieg der ungarischen Regierungspartei und sagt unter dem Eindrucke dieses Sieges habe der sozialdemokratische Parteiorgan wieder auf die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland hingewiesen. Wenn sich die Habsburger in Ungarn festsetzen sollten, wäre die Ultima ratio der Anschluss an Deutschland. Wie stelle man sich aber einen Anschluss an Deutschland unter der Aufrechterhaltung des Mieterschutzes vor, zumal drüben im Reiche der 130prozentige valorisierte Friedenszins besteht während man hier die alten nur wenig gebesserten Friedenszinsen beibehalten wolle. Glaube man vielleicht, dass bei Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes die ungeheure Differenz zwischen dem Friedenszinsen im Reiche und denen in Oesterreich durch eine Subvention des Deutschen Reiches ausgeglichen werden könne. Die Mehrlasten werden wohl die Mieter auf ihren Rücken nehmen müssen. Durch die jetzt geübte Steuerpolitik der Gemeinde werde das Wirtschaftsleben in Wien systematisch zugrunde gerichtet. Daraus ergebe sich eine gänzliche Verarmung unseres Wirtschaftslebens. Den Christlichsozialen bleibe nichts anderes übrig als die Mehrheit zu warnen ihre unglückselige Wirtschaftspolitik weiter zu betreiben.

G.R. Kunschak schliesst: Wir können Sie nur warnen, Ihre Handlungen zu bestimmen und Ihre Beschlüsse zu beeinflussen vermögen wir nicht. Sie werden sicherlich auch wieder das Gesetz der grösseren Zahl bedenkenlos uns gegenüber spielen lassen. Sie werden was sie an Argumenten nicht aufzubringen vermögen durch die Wucht der Zahl Ihrer Mandate in diesem Saal zu ersetzen trachten. Wir wünschen, dass Sie auch die Wucht der Folgen Ihrer Politik auf wirtschaftlichem Gebiete und letzten Endes auch auf politischem Gebiete ebenso aufnehmen und ertragen wie Ihre brutale Anwendung der zehnmässigen Niedertracht. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) führt aus: Bei näherer Betrachtung des Budgets zeigt sich auch heuer wieder, dass die Mehrheit ge-

willt ist, ihren zwei Leitsternen zu folgen, die ihre Politik charakterisieren: Der Enteignung und dem Terror. Die Enteignung nehmen Sie durch Ihr Steuerystem vor, den Terror erhalten Sie in Ihren Verwaltungsmaßnahmen. Sie führen Sie fast auf allen Gebieten durch. Ihre ganze Verwaltung durchzieht wie ein roter Faden die Parteipolitik. Auch das Oberhaupt der Stadt scheut nicht davor zurück in seinen Handlungen parteipolitisch vorzugehen. Der Bürgermeister ist gleichzeitig Landeshauptmann, nach aussen hin hat der Bürgermeister wohl eine weit grössere Gewalt, im inneren regiert aber nicht der Bürgermeister, sondern der Finanzreferent Breitner, der die Bevölkerung durch seine Steuern derart drückt, dass die Partei jederzeit durch seine Einnahmen willfährig sein kann. Vor einigen Monaten hat der Bürgermeister gelegentlich der Soldatenratswahlen eine Note an das Heeresministerium gerichtet, mit der Aufforderung, das Infanterieregiment Nr. 5 aus Wien zu verlegen und dieses Verlangen damit begründet, dass die Werbungsbezirke des Regiments nicht ausschliesslich in Wien liegen und dass das Regiment also nur mit Bewilligung der Landesregierung in Wien verbleiben dürfe. Jahre hindurch blieb das Regiment vollkommen unbelästigt. Erst als man gefunden hat, dass die Angehörigen des Regiments für die sozialdemokratische Partei nicht mehr begeistert sind hat sich der Bürgermeister als Landeshauptmann befugt erklärt, einzugreifen, damit der Geist dieses Regiments ein anderer werde. Bei den Soldatenratswahlen war nämlich zu befürchten, dass die Angehörigen des Regiments nicht mehr tot wählen und da hat der Landeshauptmann erklärt: Solange diese Soldaten republikanisch gesinnt sind, so lange können sie in Wien bleiben. Diese Erklärung ist für den Landeshauptmann unschicklich, er darf sich nicht in einer solchen Form in die Wahlagitacion einmengen. Ein grosser Teil der Regimentsangehörigen hat sich nicht einschüchtern lassen, sie haben den unpolitischen Wehrbund gewählt und deswegen sich die Gunst der herrschenden Partei in Wien verschmerzt. Gegen diese parteiische Stellungnahme des Landeshauptmannes müssen die Christlichsozialen energisch Verwahrung einlegen. Sie erkennen auch in anderen Belangen das parteiische Vorgehen des Bürgermeisters, der den leitenden Beamten eine bestimmte politische Gesinnung vorschreibt. Ebenso handeln die acht amtsführenden Stadträte, die man ruhig die acht Tyrannen der Stadt nennen kann. Insbesondere der Personalreferent handle nur im parteipolitischen Interesse, er hat sich den Verband der städtischen Angestellten durch verschiedene Benefizien und Sinskuren gekauft, die er den leitenden Männern des Verbandes zukommen liess. Der Präsident des Verbandes bekam ein politisches Mandat, für andere gesinnungsverwandte wurden eigene Stellungen geschaffen und sie gebärdeten sich als die Herren aller Angestellten. Sie könnten das tun, denn ihre Auftraggeber wollten es so und sie wussten, dass sie dafür belohnt werden. Es wurden Befehle ausgegeben, wie man die Angestellten in den Verband hineinpresst. Die von Ihnen ins Leben gerufene wirtschaftliche Organisation wurde missbraucht, beweis dessen der Winexskandal der deutlich zeigt, wie weit die Begünstigungen einzelner Angestellten führen können. Ein typischer Fall ist der des Dr. Gröll.

Redner spricht dann davon, dass man sich bemüht hat, im Interesse der Reinhaltung des Schildes die Disziplinaruntersuchung gegen Dr. Gröll zu verlangen. Der Winexskandal hat Dinge hervorgebracht, aus denen wir ersehen, dass nicht nur das Geld der Beamten, sondern auch Geld der Gemeinde Wien verschleudert wurde. Der Verband wird auf alle mögliche Art unterstützt. Er hat in städtischen Räumen sein Büro und ein Lehrer ist schon fünf Jahre beurlaubt und versieht beim Verband Sekretärsdienste. Und nur dieser Verband existiert für sie, nicht die christliche Gewerkschaft und nicht die unpolitische. Ja, sehen Sie denn nicht, dass ein grosser Teil der Angestellten mit diesem Verband nichts mehr zu tun haben will?

Sie haben auch diesem Verband alle möglichen Organe zur Verfügung gestellt. Der Kontrollamtsdirektor, der ein Organ der Gemeinde ist und über Dinge, z.B. im Fortbildungsschulrat, Bericht erstatten muss,

für Dinge, die ihn gar nicht angehen, wurde auch in die Winex zur Kontrolle geschickt. Wenn ich der Kontrollamtsdirektor gewesen wäre, ich hätte gesagt, das geht mich aber schon gar nichts an. Es war auch gar nicht in seinem Vorteil gelegen, sich in diesem Schütz hineinzusetzen. Redner kritisiert sodann das parteiische Vorgehen gegen die Angestellten und fährt fort: Vom ersten Tag an, an dem sich jemand für den Gemeindedienst meldet, wird der Dienstwerber schon unter die parteiamtliche Kontrolle ihrer Partei gestellt. Ja, in einem Betrieb wurde sogar Aufnahmewerber gefragt, ob sie konfessionslos seien. (Zwischenrufe bei der Minorität: Ein Skandal!) Es wurde ihnen auch gesagt, wenn sie nicht konfessionslos sind, werden sie nicht angestellt. Ist es nicht unerhört, einen solchen Gewissenszwang auf Menschen auszuüben? Sie haben zwar in Linz in ihrem Parteiprogramm beschlossen, dass Religion Privatsache sei. Aber das ist nur eine Scheinheiligkeit, die sie auch im Burgenland betreiben, wo sie Wählerversammlungen beginnen mit den Worten: "Gelobt sei Jesus Christus!" Es gehört schon ein guter Appetit dazu, einer solchen Politik zu folgen. Einen solchen Gewissenszwang, den sie ausüben, lassen sich die Wiener Katholiken nicht gefallen und er darf auch nicht geduldet werden.

Es ist auch eine Unredlichkeit die Steuergelder so parteipolitisch zu verwenden. Gegen dieses System müssen wir energisch protestieren. Wenn ein Angestellter aus dem Verband austritt, sagen ihm die Kollegen, wenn du das aufrecht hältst, arbeiten wir nicht mehr mit dir. Es ist ein grosses Unrecht, wenn derlei geschieht. Es kann auch kein Mensch, der ihrer Partei angehört, in städtische Dienste Aufnahme finden. Auch bei Avancements gehen sie parteipolitisch vor. Wir fordern deshalb dass bei allen Fragen des Dienstrechtes nicht nur der Verband, sondern auch die anderen Gewerkschaften und die Minorität im Gemeinderat gefragt werde. Der Bund verhandelt ja auch mit dem 25er Ausschuss, in dem Vertreter aller Organisationen sitzen. Warum kam das bei der Gemeinde auch nicht so sein? Wir fordern einen solchen Ausschuss, der von allen Gewerkschaften besetzt wird. Nur dann dürfen sie verlangen, dass man ihren Massregel glaubt. Wir verlangen die Entpolitisierung, wie sie auch beim Bund ist. Ein Vertreter des Verbandes steht auch an der Spitze des Kreditinstitutes, dessen Schaffung schon ein Schlag gegen die städtischen Angestellten war. Wir verwahren uns schon gegen den Titel, der heisst: Kreditinstitut der Gemeinde Wien. Wie kommt die Gemeindeverwaltung dazu, die unerhörten Wuchergeschäfte des Kreditinstitutes zu decken?

Redner bespricht sodann die Krankenfürsorgeanstalt, und verlangt, dass sie endlich einmal auf eine wirklich rechtliche Grundlage gestellt wird. Der Herr Direktor ist eine führende Persönlichkeit des Verbandes und im Winexprozess schwer kompromittiert worden. Wir fordern mehr als eine Untersuchung gegen alle in der Winexsache kompromittierten Personen. Die Untersuchung, die der Verband führt, können wir nicht kontrollieren. Es muss eine Untersuchung durch den Gemeinderat, durch die Dienstbehörde gemacht werden. Es gibt auch einen Paragraphen in der Dienstordnung, der von dem Standesbewusstsein des städtischen Angestellten spricht.

Sie haben auch eine Antipathie gegen die Invaliden des Weltkrieges. Der Bund bewilligt den Invaliden Benefizien; Sie schliessen sich aus. Sie sagen, solche Benefizien wollen sie erst den Invaliden des nächsten Krieges gewähren. Das ist komisch, wenn Sie als Antimilitaristen so reden. Ebenso komisch wie der republikanische Schutzbund, der freilich einen ernstesten Hintergrund hat: Dieser Schutzbund soll mit Gewalt, das was auf legalem Wege nicht erreichbar ist, durchsetzen. Als ich im Stadtsenat vom Bürgermeister verlangte, dass er gegen die Gewalttaten des Schutzbundes einschreiten möge, wurde mir geantwortet, ich solle das dem Polizeipräsidenten anzeigen. Dazu habe ich als

Mitglied der Landesregierung keine Veranlassung, sondern ich wende mich an den Chef dieser Landesregierung. Wir lassen uns vom republikanischen Schutzbund nicht schützen. Wir haben die Polizei, brave Soldaten und werden uns, wenn notwendig, selber eine solche Organisation schaffen.

Sie haben im Voranschlag viele Milliarden für das Schulwesen eingesetzt. Man findet sich aber gar nicht zurecht, weil die Beträge in fünf verschiedenen Verwaltungsgruppen aufscheinen. Es fehlt jeder einheitlicher Zug. Es genügt nicht, dass der Stadtschulrat da ist. Diese Behörde ist unter Missachtung der Rechte der Minorität gebildet worden. Das Schulwesen gehört in eine der Verwaltungsgruppen und nur ein amtsführender Stadtrat soll dafür verantwortlich sein. Der Stadtschulrat hat eine Reihe von Versuchen gemacht, wie überhaupt das Versuchsschulwesen sehr gepflegt wird. Sie haben da ein grosses demagogisches Schlagwort. Sie sagen, dass Sie die Befreier des Proletariats von den Hindernissen der höheren Bildung sind. Von diesem Gesichtspunkt wurden die allgemeinen Mittelschulen geschaffen. Wir betrachten sie als ein unglückseliges Zwitterding zwischen Bürgerschule und Mittelschule. Die Kinder werden einfach nach ihren Wohnorten in die einzelnen Mittelschulen zugelassen. Die Eltern wollen aber ihre Kinder in die Bürgerschule schicken, weil sie wissen, dass sie dort zu tüchtigen Menschen erzogen werden. Ich bin nicht der Ansicht, dass die Bürgerschulen frei von allen Fehlern seien. Wir haben ja auch um eine Verbesserung zu erzielen, die vierten Bürgerschulklassen geschaffen, die sich vortrefflich bewährt haben. Sie schicken die Leute in eine Schule, die schlechter ist als eine Bürgerschule. Das Kind ist nur ein Versuchsobjekt von einzelnen Pädagogen. Das Geld, das für die allgemeinen Mittelschulen aus Gemeindegeldern bewilligt wird, ist hinausgeworfen. Freilich, die Kinder, die in die allgemeinen Mittelschulen gehen, entlasten die Volksschulen. Es hat aber kein einziges Bundesland die allgemeine Mittelschule eingerichtet und das ist auch ein Zeichen, dass der Versuch verfehlt ist. Der Bund zahlt die Hälfte der Lehrerbefehle und es ist schon begreiflich, wenn die übrigen Länder gesagt haben, dass sie dagegen sind, dass für die Wiener Bolschewikenschulen der Bund Mittel aufwendet. Stadtrat Breitner wehrt sich dagegen, dass die Bundestheater von der Lustbarkeitssteuer ausgenommen werden. Diese Theater sind aber nicht nur eine Quelle des Kunstgenusses, sondern auch des Zuflusses zahlloser Fremder und damit auch eine Einnahmepost für die Gemeinde. Vom armen Bund lässt sich aber die Gemeinde noch die Lehrer bezahlen, statt dass Sie den Bund bei der Führung der Theater durch die Befreiung von der Lustbarkeitsabgabe unterstützen würde.

Sie führen auch die Fremden in die Schulen. Oft tragen sie das so dick auf, dass die Leute dann zu uns um Auskunft kommen. So wurden Fremde in einer Wiener Schule von den Kindern mit dem Ruf: "Freundschaft" begrüsst. Als sie ihren Führer fragten, was das zu bedeuten hätte, erklärte dieser, dass die Bischöfe gegen diesen Gruss einen Brief erlassen haben, der sich gegen den Ausdruck wendet. Weil dies die Bischöfe getan haben, sagt man jetzt in ganz Wien statt "Grüss Gott" - "Freundschaft". (Lebhafte Heiterkeit) Auf diesem Weg werden Sie bestimmt nicht den sozialdemokratischen Parteigruss einführen können. Die Gemeinde Wien wäre verpflichtet, die Staatstheater zu subventionieren, nicht aber ihre Existenz durch Einhebung von Abgaben zu erschweren. Neuestens hat man überflüssiger Weise auch die Schönbrunner Menagerie der Lustbarkeitsabgabe unterzogen.

G.R. Freyer (chr. soz.): Der Breitner geht jetzt schon auch auf die Löwen los!

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) wegen des Affen Käfigs allein, darf man doch die Menagerie nicht besteuern. Sie ist doch ein Volksbildungsmittel. Wenn ich die Reihe der amtsführenden Stadträte be-

trachte, so muss ich noch eines erwähnen: Herr Professor Tandler ist ein grosser Gelehrter, anerkannt von der ganzen Welt, der die Hochachtung der wissenschaftlich gebildeten Menschen genießt. Was mich an ihm nicht gefällt ist, dass er seinen Doktorhut manchmal benützt um parteipolitische Propaganda zu betreiben. Wenn man seine schönen Worte genauer analysiert, so findet man, dass sie nicht im Dienste der Wissenschaft gesprochen sind, sondern im Dienste der sozialdemokratischen Parteipolitik. Beweis dessen seine Massnahmen wegen Verlegung des Bürgerversorgungshauses. Man will die alten Leute nach Baumgarten bringen unter dem Vorwand, dass das Haus in der Spitalgasse nicht mehr den Anforderungen der Hygiene entspreche. Aber in den Pavillons von Baumgarten rinnt das Wasser von den Wänden, es wimmelt dort von Wanzen und Flöhen, die Pflöcher in zwei Tagen ganz zerbeissen werden. Das ist kein Aufenthalt. Professor Tandler möge sich keine Mühe geben, um jeden Preis etwas neues zu finden, er soll die alten Leute in ihrem Heim lassen, wenn sie es wollen, dann werden wir in ihm nicht nur den Wissenschaftler sondern auch den Mann mit dem guten Herzen schätzen.

G.R. Dr. Plaschkes (jüd. nat.) bemerkt, dass die Ermässigung der Gemeindesteuern zweifellos sehr hoch ein zuschätzen seien. Aber der Referent möge bedenken, dass auf diesem Gebiete noch viel zu leisten sei, insbesondere was die Lustbarkeitsabgabe betreffe. Die Schauspielerorganisationen haben die Legende zerstört, dass der Klassenkampf jede Solidarität mit den Unternehmern ausschliesst und das Lob der sozialdemokratischen Steuerpolitik hat auf die Kaufleute und Gewerbetreibenden durchaus nicht gewirkt. Auch die Arbeiter und Angestellten erkennen sehr deutlich die Wirkungen dieser Steuerpolitik, weil sie ihre Löhne drückt und die Arbeitsmöglichkeiten vermindert. Es müsste eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Arbeitslosigkeit mit dem Bund/der Gemeinde geschaffen werden. Brächte man die Abgaben auf die Hälfte, dann könnten die Unternehmer konkurrenzfähig sein und die Arbeitslosigkeit wäre zu steuern. Der Steuerpolitik der Gemeinde wird immer auch der Vorwurf gemacht, dass sie keine Wohnbauleihe aufnimmt. Die deutschen Hypothekendarlehen wollen zum Beispiel Berlin 150 Millionen Goldmark zu Wohnbauten zur Verfügung stellen. Ich glaube, dass ein Anschluss an diese deutsche Verwaltungsmassnahme für die Gemeinde Wien sehr erstrebenswert wäre. Mit zum Beispiel 150 Millionen Goldmark ist man schon in der Lage, tiefeinschneidende Veränderungen aller Steuern vorzunehmen.

Es ist ein antisemitisches Schlagwort gewesen, von dem jüdischen Reichtum am Kai und in der Leopoldstadt zu reden. Wie ist das heute? Viele jüdische Gewerbetreibende und Kaufleute sind mit ihren Angestellten brotlos geworden. Es besteht daher ein gemeinsames Interesse der Angestellten und Kaufleute und dieses Interesse ist, ihnen die Steuern zu erleichtern.

Als jüdischer Vertreter sage ich Ihnen auch, dass die Wahrheitspartei hier im Rathause die Hoffnungen ihrer jüdischen Wähler nicht erfüllt hat. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Ist die Liebe schon aus?) Die Sozialdemokratische Partei benachteiligt die Juden schwer und einzelne Führer fördern den Antisemitismus und führen (zu den Christlichsozialen gewendet) Ihre Geschäfte. Ich finde, dass eine wesentliche Verschlechterung der Lage der Juden eingetreten ist. Gerade die jüdischen Führer der sozialdemokratischen Partei verschlechtern das Verhältnis der aufrechten Juden zu den nichtjüdischen Parteiangehörigen. Er kritisiert, dass die sozialdemokratische Partei dem Zionistenkongress als eine klerikale Sache hingestellt hat und den Kongress nicht begrüsst hat. Ich sitze seit 1919 zu Ihrem mehr oder wenigen Missvergnügen hier im Saal. Austerlitz sagt, ich bin ein Industrieller und vom Schwarzenbergplatz abhängig. Ich schenke Ihnen aber sofort meine gesamten Industrien. Nun will ich auf den Antisemitismus der Gemeinde Wien zu sprechen kommen, so auf die Heimatsrechtspraxis der Gemeinde. Vor den Wahlen geht sie ja, aber dann, dann geht sie nicht mehr. Es werden Juden die in Wien geboren und schon lange Zeit in Wien/abgewiesen, bloss weil sie Juden sind. Bei den Zuweisungen von Wohnungen in den Neubauten muss man (Gemeinderat Unter-

müller: Von guten Eltern sein) ja, von guten Eltern sein und was die Hauptsache ist, parteipolitisch organisiert sein. Das Verbot Luegers, Juden und Deutschnationale in den Gemeindedienst aufzunehmen, besteht für die Juden auch heute noch. Auch im Schulwesen sind wir benachteiligt. Für unser jüdisches Privatgymnasium in der Leopoldstadt müssen wir die Wohnbausteuer zahlen und alle unsere Bemühungen um einen Steuernachlass sind vergebens. Der jüdische Hochschulausschuss, der für die Aermsten der armen jüdischen Studenten zu sorgen hat, wird mit keinem Groschen subventioniert. Für unsere Turn- und Sportbewegung sind wir nicht in der Lage einen Turnsaal zu bekommen.

Der Kampf gegen die sozialdemokratische Partei im Rathaus wird uns nur auf Grund des Friedensvertrages gelingen. Aus meiner jüdischen Ueberzeugung heraus bin ich nicht in der Lage, für das Budget zu stimmen.

Die Generaldebatte wird hierauf abgebrochen und einige Gegenstände der Tagesordnung werden beraten.

G.R. Iser beantragt die Errichtung einer Gartenanlage am Döblering Gürtel und in der Guneschgasse im XIX. Bezirk längs der neuen Wohnhausanlage mit den Kosten von 29.000 Schilling.

G.R. Stöger (chr. soz.) ersucht den Referenten das seinerzeit gegebene Versprechen, in dem Anlagen mehr Koniferen zu pflanzen, zu erfüllen.

G.R. Iser erwidert, dass diesem Wunsche nach Möglichkeit Rechnung getragen werden wird.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Siegel erstattet Bericht über den Antrag in Durchführung des Wohnbauprogrammes für das Jahr 1927 die erforderlichen Vorarbeiten einzuleiten. Das Programm sieht die Schaffung von 5.532 Wohnungen in verschiedenen Bezirken vor. Es stelle den Rahmen dar, innerhalb dessen gebaut werden soll.

G.R. Ulreich (chr. soz.) erklärt, aus der Vorlage sei zu ersehen, dass die Majorität aus der Kritik, welche von der Minderheit bisher immer bezüglich der Wohnhausanlagen geübt wurde nichts gelernt habe und augenscheinlich nicht gewillt sei, von den bisherigen Methoden abzuweichen. Der grösste Teil der Wohnungen soll wieder in Kasernenähnlichen Blöcken geschaffen werden.

Aus dem Wohnbaukongress wurde das System, wie Sie bauen, von verschiedenen Fachleuten abgelehnt. Redner verliest sodann einen Aufsatz eines Ingenieurs aus dem Rheinland, der ebenfalls den Hochbau, den die Gemeinde pflegt, ablehnt. Wir fordern, dass sie dem Flachbau mehr Interesse zuwenden.

St.R. Siegel antwortet, dass die Gemeinde niemals eine Gegnerin des Siedlungsbaues gewesen ist und so bald es die Verhältnisse erlauben, auch hier eingreifen wird. Der Antrag wird angenommen.

G.R. Wielsch (chr. soz.) stellt den Dringlichkeitsantrag, bei Verkehrs- und Stromstörungen der elektrischen Stadtbahn eine Notbeleuchtung einzurichten. Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt und VB. Emmerling berichtet, dass die Zeitungsnachricht über derartige Vorfälle in den letzten acht Tagen unwahr sind. Es sind weder Stadtbahnzüge in den Tunnels liegen geblieben, noch haben sich tumultuarische Szenen bei der Abbeförderung der Fahrgäste zugetragen, wie dies in der Presse gleichfalls behauptet wurde. Lediglich bei der allgemeinen Stromstörung am vergangenen Sonntag mussten Fahrgäste auf der Strecke die Züge verlassen, um die nächste Stadtbahnhaltestelle zu erreichen. Die Tunnels sind mit Lampen versehen, die von einer Gleichstromquelle gespeist werden, so dass sie also auch bei Störungen intakt bleiben. Ausserdem wird die Tunnelbeleuchtung auch noch verbessert werden und die Beiwagen jedes Zuges mit Wachsfackeln ausgerüstet. Dadurch wird für jeden Fall für eine Beleuchtung vorgesorgt sein. Der Antrag wird nun der Geschäftsordnungs-Kommission zugewiesen.

Bürgermeister Seitz schliesst die Sitzung um 9 Uhr abends und teilt mit, dass die Budgetberatung morgen um 10 Uhr vormittag fortgesetzt wird.